

Kurzbericht

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(65. - öffentliche - Sitzung am 3. Dezember 2014)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Altersteilzeit der Beamtinnen und Beamten an öffentlichen Schulen**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1983](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 5 anzunehmen.

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2015**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1982](#)

Der Ausschuss hatte dem Landtag bereits in seiner 64. Sitzung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP und vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen empfohlen, den Gesetzentwurf in einer geänderten Fassung anzunehmen. In seiner heutigen Sitzung befasste er sich vereinbarungsgemäß mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen und verabschiedete seine Beschlussempfehlung (Vorlagen 27 und 29). Darüber hinaus bekräftigte er seine Beschlussempfehlung zu den in die Beratung einbezogenen Eingaben.

(siehe auch TOP 13)

3. **Übertragung von Anteilen des Landes an den Öffentlichen Versicherungen Braunschweig auf die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz**

Antrag der Landesregierung - [Drs. 17/2350](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag einstimmig, dem Antrag in einer geänderten Fassung zuzustimmen.

4. **Medizinische Versorgung für Flüchtlinge in Niedersachsen sicherstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1619](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration an, den Antrag unverändert anzunehmen.

5. **Oberweser wachküssen und Potenziale für ein starkes Südniedersachsen heben**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1641](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr an, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss kam auf eine Bitte der CDU-Fraktion überein, sich in einer seiner nächsten Sitzungen über den aktuellen Sachstand beim Südniedersachsenplan unterrichten zu lassen.

6. **Niedersächsische operationelle Programme für die EU-Strukturfondsförderperiode 2014 bis 2020 bedarfsgerecht ausgestalten**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1477](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung an, den Antrag abzulehnen.

7. **Gewaltopfer kann jede(r) werden - Netzwerk „ProBeweis“ zügig engmaschig ausbauen!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1580](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration an, den Antrag im Hinblick auf die von der Landesregierung angekündigte Bereitstellung von Haushaltsmitteln für erledigt zu erklären.

8. **Nutztierhalter nicht im Stich lassen - Akzeptanz für die Rückkehr des Wolfes erhalten**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1621](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz an, den Antrag in der Fassung eines Änderungsvorschlags der Fraktionen von SPD und Grünen anzunehmen.

9. **Verkauf des landeseigenen Grundstücks Adolfstr. 2/3 in Hannover (Flurstück 116/1, Flur 57, Gemarkung Hannover)**
Antrag der Landesregierung - [Drs. 17/2394](#)

Der Ausschuss kam überein, die Beschlussempfehlung über den Antrag bis zu seiner nächsten Sitzung am 10. Dezember 2014 zurückzustellen, und bat die Landesregierung, bis zu diesem Termin noch einige Informationen nachzuliefern.

10. **Vorlagen**

Der Ausschuss behandelte zwei Vorlagen.

11. **Netzland Niedersachsen: Breitbandausbau gemeinsam voranbringen**

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2392](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Einstimmig schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung an, den Antrag unverändert anzunehmen.

12. **Fortsetzung der Unterrichtung über den Stand der Verhandlungen betr. die Bund-Länder-Finanzbeziehungen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

13. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand bezüglich der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

*Die Landesregierung machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die zwischen dem Bund und den Ländern bzw. die zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden erzielte Einigung noch im Haushaltsplan 2015 bzw. im Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetz umgesetzt werden müsse. Sie werde die Fraktionen von SPD und Grünen daher bitten, entsprechende Vorschläge zu einer weiteren Änderung des **Haushaltsgesetzes 2015** und des **Haushaltsbegleitgesetzes 2015** noch in das Verfahren einzubringen und die Gesetzesberatung insofern wieder aufzunehmen. Der Ausschuss kam überein, die kommunalen Spitzenverbände zu der nächsten Sitzung am 10.12.2014 zu einer mündlichen Anhörung dazu einzuladen.*